

Wirtschaftstag 2007

„Wettbewerb der Kontinente - Deutschland und Europa gestalten Zukunft“

13. Juni 2007, Hotel Inter-Continental, Berlin

Reden/Statements soweit vorhanden

Sperrfrist: Beginn der Verhandlungen

Podium II

**„Neuer Nationalismus, Kampf um Ressourcen -
Gefahr für die Globalisierung“**

Einleitungsreferate

Jürgen Hogrefe

Senior Vice President, EnBW AG

Dr. Lars H. Thunell

Executive Vice President und CEO, International Finance Corporation, Weltbank Gruppe

Podiumsteilnehmer

Georg Boomgarden

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Dr. Uwe Franke

Vorsitzender des Vorstands, Deutsche BP AG

Dr. Michael Fuchs MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Hermann-Josef Lamberti

Mitglied des Vorstands, Deutsche Bank AG

Peter Schwartz

Mitgründer und Vorsitzender, Global Business Network

Moderation

Henning Krumrey

Leiter Parlamentsredaktion, Focus

Georg Boomgarden

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Statement

Die global steigende Nachfrage nach Rohstoffen, ausgehend von neuen Spielern wie China und Indien und deren berechtigtem Nachholbedarf, stellt die Weltwirtschaft vor enorme Herausforderungen. Die Sorge um die Verfügbarkeit von Rohstoffen verändert weltweit die Gewichte.

Die internationalen Rohstoffmärkte sind zum Teil sehr stark von marktverzerrenden Strukturen geprägt. Produktions- und Investitionsentscheidungen werden zunehmend an politische oder geopolitische Überlegungen geknüpft.

Die Außenpolitik muss sich dieser Fragen vermehrt annehmen und die sichere Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen zu ihrem Thema machen. Wenn die Märkte mehr denn je staatlich geprägt sind, dann muss die Staatengemeinschaft auch ihren Beitrag zu deren sicherer und nachhaltiger Ausgestaltung leisten.

Die Politik steht angesichts dieser Risiken vor besonderen Herausforderungen. Fragen der Energie- und Rohstoffsicherheit werden auch längerfristig eine Konstante der Außenpolitik bleiben.

Im Bereich energetischer Rohstoffe brauchen wir eine Strategie, die die Diversifizierung von Energieträgern, Lieferanten und Versorgungswegen umfasst. Die Überwindung einer Konfrontation zwischen Produzenten- und Transitstaaten ist für uns von entscheidender Bedeutung.

Großes Potential für eine bessere Versorgungssicherheit liegt in einer höheren Energieeffizienz. Der Europäische Rat im März dieses Jahres hat dazu wegweisende Beschlüsse gefasst. Die Steigerung der Energieeffizienz ist zugleich auch ein wichtiges Thema im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft.

Die Rohstoffgewinnung in den zum großen Teil weniger entwickelten Ländern muss unter Bedingungen erfolgen, die der Entwicklung dieser Länder förderlich sind. Dazu müssen Zahlungsströme transparent sein und die Exporterlöse ihren Volkswirtschaften insgesamt zugute kommen.

Bei der Rohstoffgewinnung müssen internationale Standards eingehalten werden. Diese helfen entscheidend mit, die häufig vom Fluch der Ressourcen geplagten Staaten zu stabilisieren. Nur stabile Bezugsquellen sind auf die Dauer auch verlässliche Partner!

Statement

- Die Globalisierung bringt per Saldo mehr Menschen neue Perspektiven und Wohlstand. Der Protest kommt teilweise auch aus Industrieländern, in denen Wohlstand und Besitzstände durch die neuen Wachstumszentren herausgefordert werden.
- Die eigentliche Herausforderung liegt in der zunehmenden Diskrepanz zwischen dem global gebotenen politischen Handlungsrahmen und den nationalen Interessen.
- Die Sorge um Wohlstandsverschiebungen schürt Protektionismus und Nationalismus bis hin zum Wunsch nach Schutz heimischer Ressourcen. Regierungen müssen hierauf Rücksicht nehmen, wollen sie nicht ihre Legitimation verlieren.
- Ideal scheint für die Kritiker der Globalisierung beides zu sein, die Vorteile des globalen Marktes und des heimischen Schutzes.
- Der Zielkonflikt wird besonders in der Energieversorgung deutlich:
 - Die weltweite Energie-Nachfrage wird bis 2030 um 50 % zunehmen, gerade in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit China und Indien an der Spitze.
 - Während der Wettbewerb der großen Verbraucherregionen um Energieressourcen zunimmt, ringen protektionistische Tendenzen inner- und außerhalb der EU und die Einsicht in die Vorteile der Globalisierung um die richtigen Antworten.
- Die richtige Antwort bleibt der globale Markt und der Ölmarkt ist ein Lehrbuchbeispiel hierfür:
- Der Ölmarkt ist hochgradig international vernetzt. Transparente und liquide Spotmärkte und eine flexible internationale Transportinfrastruktur sind seine Merkmale. Ausfälle von Produktion oder Infrastruktur können in sehr effizienter Weise ausgeglichen werden. Der funktionierende Markt ist somit ein Garant internationaler Öl-Versorgungssicherheit.
- Andererseits ist heute ein Großteil der weltweiten Öl-Produktion in Händen von nationalen Unternehmen, die vor allem an heimischen Interessen orientiert sind. Internationale private Ölgesellschaften machen heute nur mehr 15% der weltweiten Produktion aus. Sie liegen jedoch in vielen Bereichen an der Spitze der technologischen Entwicklung. Sie spielen damit eine herausragende Rolle im globalen Ölmarkt. Ihr technisches Know-how und ihre Fähigkeit zur Bindung hoher Kapitalsummen für die Erschließung weiterer Produktion sind entscheidend für unsere Energieversorgungssicherheit.
- Ohne Zweifel wird der globale Markt mittel bis langfristig seiner Vorteile wegen obersiegen. Kurzfristig gilt es, diese Marktstruktur zu unterstützen. Sie muss Grundlage der Kooperation, gerade zwischen staatlichen und privaten Unternehmen sein. Deswegen ist Partnerschaft zu gegenseitigem Nutzen das Prinzip der Zukunft, d. h.
 - durch die Sicherung von Abnahmemärkten für die Ressourcenstaaten und die Ankurbelung der lokalen Wirtschaft mit Vorteilen für die Bevölkerungen einerseits
 - sowie durch Versorgungssicherheit für uns andererseits.

- Dieser Prozess bedarf der politischen Flankierung. Dazu ist eine klare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen Politik und Unternehmen unerlässlich:
 - Die strategische Ausrichtung und die Investitionsentscheidungen, d.h. das kommerzielle Risiko müssen in der Verantwortung der Unternehmen bleiben.
 - Verantwortung der Politik dagegen ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen diese Investitionen stattfinden können. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen müssen wir auf den funktionsfähigen Markt vertrauen können.
- Zu diesen Rahmenbedingungen gehört der vertiefte Dialog zwischen Ressourcen- und Verbraucherstaaten. Im Bereich Öl und Gas geht es um möglichst breit angelegte Energie-Partnerschaften zum gegenseitigen Nutzen, gestützt auf Transparenz und Fairness.
- Darüber hinaus stellt sich die Frage nach einer weiter gehenden Institutionalisierung der internationalen Energiebeziehungen, gerade auch um die Vorteile der Globalisierung für Wohlstand und Versorgungssicherheit nachhaltig zu machen.
- Wir haben für den Welthandel, die Weltfinanzen, die Entwicklungszusammenarbeit, für Ernährung und Gesundheit global agierende Organisationen. Aber im Energiebereich gibt es im Wesentlichen nur ein Produzenten- und ein Verbraucherkartell in Form der OPEC und der IEA sowie einige mächtige Einzelspieler.
- Hier ist ein neues Gefüge internationaler institutioneller Zusammenarbeit notwendig, das im Dialog zwischen Energieproduzenten und Energieverbrauchern entwickelt werden muss. Ein erster Schritt wäre die Erweiterung der IEA um die großen Verbraucherländer China, Indien und Brasilien. Die nächsten Schritte wäre die vertiefte Kooperation mit wichtigen Produzentenstaaten. Damit würde der Kooperation zwischen nationalen und privaten Öl- und Gasunternehmen die zwischenstaatliche Zusammenarbeit entsprechen.

Dr. Michael Fuchs MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Statements

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind auch eine Herausforderung für die deutsche Politik. Dazu gehören die Bekämpfung der Armut und Unterentwicklung sowie die zunehmende Umweltzerstörung und eine stark ansteigende Belastung des Klimas durch die zunehmende Industrialisierung in so bevölkerungsstarken Ländern wie China.

Neben den wirtschaftlichen und sozial-politischen Auswirkungen zählen weiter bestehende Menschenrechtsverletzungen durch totalitär geprägte Systeme, bestehende Kriege und Konflikte sowie der Terrorismus zu den Bedrohungen einer globalisierten Welt. Hier ist ebenfalls die internationale Staatengemeinschaft gefordert, klare Signale zu setzen, denn die Folgen der Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika gefährden unmittelbar auch Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa.

Angesichts all dieser Herausforderungen muss die deutsche Politik eine aktivere Rolle nach außen hin übernehmen. Ihr muss bewusst sein, dass der Entwicklungspolitik als ein eigenständiges Politikfeld dabei eine besondere Rolle zukommt. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich hier für eine moderne Entwicklungspolitik ein, die ihrem Verständnis von einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung entspricht: Verantwortung zu tragen für Mensch und Schöpfung, Sicherheitsstrategien mit zu gestalten, die der Abwehr globaler Gefahren dienen, und den Aufbau von strategischen, politischen, wissenschaftlichen und vor allem auch wirtschaftlichen Partnerschaften mit den entsprechenden Ländern und Staatengemeinschaften voranzubringen.

Hierfür gilt als Grundsatz: „Trade is better than aid.“ Unsere Hilfe muss eine gezielte Hilfe zur Selbsthilfe sein und darf sich nicht auf reine Hilfsaktionen beschränken. Nur so erreichen wir, dass die bestehenden Probleme dauerhaft gelöst werden.

Deutschlands Entwicklungspolitik muss sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch unseren eigenen Interessen gerecht werden. Regierungen, die sich an der wirtschaftlichen bzw. sozialen Entwicklung und an den Menschenrechten orientieren, sollten durch eine gleichermaßen finanzielle wie politische Förderung gestärkt werden.

Wir müssen Sorge tragen für eine bessere Verzahnung der verschiedenen Bereiche des Außenhandels als Beitrag zur Prävention von Krisen und Konflikten. Die europäische und die internationale Handelspolitik sollten dabei auf eine Wachstumsförderung in den Entwicklungsländern ausgerichtet sein und dabei Lohn- und Umweltdumping vermeiden.

In der Konsequenz bedeutet dies konkrete Maßnahmen wie die Aufgabe von Schutzzäunen und Subventionen insbesondere im Agrarbereich. Wir müssen den Entwicklungsländern helfen, die Produkte, die sie erzeugen, auch verkaufen zu können. Die internationale Staatengemeinschaft muss daher mit Nachdruck das Ziel verfolgen, insbesondere China und Indien in das internationale Staatengefüge zu integrieren. Verbindlichkeiten im Wirtschaftsbereich, Handelsabkommen, die für uns von großem Interesse sein sollten, schaffen zugleich Verpflichtungen in rechtspolitischen Bereichen auf der anderen Seite.

Dies betrifft auch die Überlegungen zu einer weiteren Diversifizierung und Stabilisierung der Energieversorgung aus dem Ausland. Die Länder Zentralasiens und die Staaten Nord- und Sub-Sahara-Afrikas sind hier von besonderem Interesse. Daher ist es unser Ziel, die politische, soziale und vor allem die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten und Regionen zu unterstützen. Deutschland muss sein politisches und wirtschaftliches Gewicht in Europa und der Welt nutzen, um auf dem Wege des Dialoges mit aufsteigenden Schwellenländern wie China und Indien einen langfristigen Interessenausgleich in der Energieversorgungspolitik zu erreichen. Die strategischen Partnerschaften mit diesen Ländern müssen auf eine gemeinsame Verantwortung ausgerichtet werden.

Statement

**Wirtschaftliche Offenheit und globale Vernetzung
sichern Wachstum und Beschäftigung**

Protektionistische Tendenzen und industriepolitische Ambitionen werden zunehmend zu Stolpersteinen im Globalisierungsprozess. Die Abschottung nationaler Märkte hilft aber keinem Land, denn wenn sich die Protektionismusspirale erstmal dreht, ist sie nur noch schwer aufzuhalten. Dies gilt umso mehr angesichts der stark gewachsenen Handels- und Kapitalverflechtung der Volkswirtschaften: Welthandel und globale Auslandsinvestitionen erreichen inzwischen jeweils rd 25% des Welt-BIP. Das Volumen grenzüberschreitender Unternehmensübernahmen betrug 2005 716 Mrd Dollar, ein Anstieg von 88% gegenüber Vorjahr. Das Hochziehen neuer Schranken wäre daher fatal. Die Globalisierung hat sich auf breiter Basis als Motor für Wachstum und Beschäftigung erwiesen. Die Politik (weltweit) muss durch ein globalisierungsfreundliches Umfeld dafür sorgen, dass sich diese positiven Wirkungen auch in Zukunft fortsetzen.

Auch Europa ist vom protektionistischen Bazillus infiziert. Der politische Wille zur Liberalisierung der Märkte sinkt, die Bereitschaft zur Intervention bei Unternehmensübernahmen oder Konsolidierungsprozessen steigt. In dem auf gegenseitige Öffnung angelegten europäischen Binnenmarkt ist für einen solchen Fokus auf (vermeintliche) Nationalinteressen kein Platz. Der Binnenmarkt ist für viele Unternehmen Trainingsfeld für den globalen Wettbewerb und erfolgreiches Sprungbrett in die Welt. Dieser Vorteil darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Auch das Konzept nationaler Champions in sogenannten strategischen Industrien ist rückwärtsgewandt. In Deutschland, und anderen EU-Mitgliedsländern, erwirtschaften die großen Unternehmen deutlich mehr als 50% ihres Umsatzes im Ausland und beschäftigen auch das Gros ihrer Mitarbeiter dort. Eine nationale Unterstützungspolitik nutzt daher den ausländischen Stakeholdern oftmals mehr als den einheimischen. Im Ausland profitieren die Verbraucher in Form von günstigeren Preisen, die Beschäftigte in Form höherer Löhne und/oder die shareholder in Form höherer Gewinne. Letztlich wird hier kurzfristiger Schutz für einzelne Unternehmen oder Branchen mit dem Verzicht auf mittelfristige Wachstumschancen für alle erkaufte. Wenn überhaupt, muss hier in europäischen Dimensionen gedacht werden, damit Europa und seine Mitgliedstaaten wachstumstark und global wettbewerbsfähig bleiben.

Europa ist auch adäquate Antwort beim „Kampf“ um natürliche Ressourcen. Der strukturelle Anstieg des weltweiten Energiebedarfs (+50% bis 2030) treibt langfristig den Ölpreis und trifft Länder wie Deutschland, das 62% seines Energiebedarfs über Importe deckt. Auch wenn sich der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 14% erhöhen dürfte: Deutschland und Europa sollten den Mut zu einer eigenständigen modernen Geopolitik haben, die den energiereichen Lieferländern mehr Aufmerksamkeit schenkt. Zudem würde eine Liberalisierung der leitungsgebundenen Energien einen gemeinsamen Energiebinnenmarkt mit einheitlichen Spielregeln begründen, der auch die Energieversorgungssicherheit erhöht. Dazu kommen muss aber natürlich eine entsprechende Diversifikation der Energieträger, der Technologien und eine Mobilisierung aller Einspar- und Effizienzsteigerungsstrategien.

Anders als das vorherrschende Vorurteil in der Öffentlichkeit profitiert Deutschland in hohem Maße von der Globalisierung. Der erfolgreiche Restrukturierungsprozess der Wirtschaft hat sich ausgezahlt: Deutschland ist das einzige große Industrieland, das seinen Weltmarktanteil im Güterexport in den letzten Jahren steigern konnte. Nahezu jeder 2.Arbeitsplatz hängt inzwischen direkt oder indirekt vom Export ab. Umgekehrt heißt das aber auch: Die deutsche Wirtschaft ist mit ihrer hohen Exportorientierung in besonderem Maße auf offene Märkte angewiesen. Die Politik muss sich deshalb in internationalen Gremien wie der WTO und in bilateralen Beziehun-

gen nachdrücklich dafür einsetzen, dass keine neuen Hürden für Handel und Investitionen errichtet und noch bestehende weiter abgebaut werden.

Das Potential der Globalisierung kann nur mit einer breiten Vernetzung der wirtschaftlichen und politischen Akteure wirklich ausgeschöpft werden. Die deutschen Unternehmen sind hier schon weit vorangekommen: Wertschöpfungsketten wurden aufgebrochen, ausländische Produktionsstätten aufgebaut und die Vorteile von global sourcing genutzt. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Die nationale Politik muss erkennen, dass die Anforderungen an eine wachstumsorientierte Standortpolitik in Zeiten der Globalisierung weiter steigen. Neben wettbewerbsfähigen Steuersätzen sowie effizienten Sozialsystemen gehört dazu v.a. ein innovationsfreundliches Umfeld. Deutschland muss auf breiter Basis leading edge in neuen Technologien sein, um seinen Wohlstand sichern zu können.

Vernetzung kann auch vor dem Arbeitsmarkt nicht halt machen – im Gegenteil: Kampf um Ressourcen bedeutet auch Wettlauf um qualifizierte Köpfe. Und davon gibt es in Deutschland aus demographischen Gründen immer weniger. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird hier bis 2050 um 20% sinken, während sie in den USA um 22% und in Asien um 30% zunimmt. Damit droht die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zum limitierenden Faktor des deutschen Wachstumspotentials zu werden. Deutschland muss sich ausländischen Arbeitnehmern in größerem Umfang öffnen als bisher und attraktive Arbeitsbedingungen für qualifizierte Zuwanderer bieten. Und es muss sein Bildungssystem viel stärker als bisher auf die Anforderungen einer globalen Welt ausrichten. Die frühe Vernetzung von Bildungseinrichtungen erleichtert spätere Mobilität, gerade auch zwischen verschiedenen Kulturen.

Mit seiner großen Offenheit für Handel und ausländische Investitionen ist Deutschland selbst immer gut gefahren. Wettbewerb- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurden gestärkt. Von diesem bewährten Weg darf nicht abgewichen werden. Der Anstieg ausländischer Investitionen um 20% in 2005/2006 (EUR 34 Mrd) ist Beweis für die gestiegene Attraktivität des Standorts Deutschland und seiner Unternehmen, nicht für einen „Ausverkauf“ deutscher Vermögenswerte. Im Gegenteil: Private Equity stützt das Wirtschaftswachstum, denn PE-finanzierte Unternehmen entwickeln sich besonders dynamisch – auch hinsichtlich der Beschäftigung. Deutschland könnte sein Wirtschaftswachstum um fast einen $\frac{3}{4}$ %-Punkt steigern, wenn die PE-Investitionen hier zumindest europäisches Durchschnittsniveau (0,42% des BIP) erreichten.

Die Internationalisierung der Finanzmärkte hat den Zugang der Unternehmen zu Kapital verbessert und damit ihre Ertragslage bzw. Marktchancen gestärkt. So sind die Emissionskosten in der EU seit Mitte der 1990er Jahre um 50% gesunken. Finanzmärkte stellen auch die notwendigen Instrumente bereit, um Risiken, die aus der Internationalisierung der Wirtschaft entstehen, abzusichern. Sie sind insofern nicht Quelle von Unsicherheit, sondern von Sicherheit. Wie die internationale Arbeitsteilung ihre Vorteile nur bei ungehindertem Handel und offenen Grenzen entfalten kann, brauchen die Finanzmärkte freien Kapitalverkehr und Rechtssicherheit für die Marktakteure, um für eine global effiziente Kapitalallokation zu sorgen. Die Politik bleibt daher in der Pflicht, statt neuer Spielarten des Protektionismus und mehr Bilateralismus bzw. Regionalismus einen angemessenen Ordnungsrahmen für das internationale Finanzsystem zu gewährleisten.

Peter Schwartz

Mitgründer und Vorsitzender, Global Business Network

Statement

Is Resource Nationalism Inevitable?

1. Almost no modern nation can be meaningfully resource independent, despite much political rhetoric on the subject.
2. All nations will therefore depend ever more on other nations to meet their resource needs.
3. Those resource needs can be met by political, military or economic means and all three have been pursued in human history.
4. The political pursuit of resources is the current concern, because this path often leads to conflict and the resort to military means as fear and conflicts of interest dominate international relations. This combination of forces is a very plausible scenario.
5. No nation can afford to fail to meet their resource needs and so if economic means fail then political avenues are the only paths open.
6. For nations to feel secure about markets those markets need to be honest, transparent and efficient. That will usually depend on more than the good will of the market participants. Some form of market regulation will almost certainly be needed and the WTO is a step in that direction.
7. The failure of globalization will almost certainly lead to conflict as it did at the beginning of the 20th century.
8. Any nation's strategy must involve the efficient use and diversity of sources of resources to reduce the vulnerability associated with dependence. But it must also pursue trusted political relationships and effective and transparent international institutions to reduce fear. In the end either by alliance or by its own means it must have available military power if all else fails.